

Stadt Haan
Niederschrift über die
37. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 09.06.2020 um 16:30 Uhr
im Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
16:30

Ende:
21:37

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Vincent Endereß

Vertretung für Stv. Giebels

Stv. Udo Greeff

Vertretung für Stv. Holberg

Stv. Tobias Kaimer

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Vertretung für Stv. Wetterau

Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Lemke

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Jens Niklaus

Vertretung für Stv. M. Klaus

Stv. Bernd Stracke

Stv. Juliane Wolfsperger

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm

Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Stv. Reinhard Zipper

ab 18:30 Uhr, Vertretung für Stv. Ruppert

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Uwe Elker

Stv. Peter Schniewind

Schriftführer

Stl Daniel Jonke

Verwaltung

1. Beigeordneter Engin Alparslan
Beigeordnete Annette Herz
StOVR'in Doris Abel
StVD Michael Rennert
StOVR Gerhard Titzer
StVR Torsten Rekindt
StBR Carsten Schlipkötter
TA Olaf Tödte

Personalrat

VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Gäste

AM Anette Braun-Kohl
AM Jens Englich
AM Nicola Günther
PHK Wolfgang Nellen
AM Christian Queißer
TA Rainer Schmitz

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 16:30 Uhr die 37. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf einen vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion vom 01.06.2020. Dieser sei jedoch für die Aufnahme auf die Tagesordnung verfristet. Es sei allerdings eine Dringlichkeit erkennbar, daher lässt sie den Ausschuss darüber abstimmen, ob der Antrag auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt werden solle.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 01.06.2020 wird als daher zwischen TOP 22.1 und TOP 23 auf die Tagesordnung genommen.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist im Anschluss auf einen vorliegenden Antrag der GAL-Fraktion vom 25.05.2020. Auch dieser sei für eine Aufnahme auf die Tagesordnung verfristet. Hier sei jedoch keine Dringlichkeit erkennbar, weshalb die Verwaltung vorschläge, diesen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu setzen.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Weiterhin verweist **Bgm'in Dr. Warnecke** auf einen Antrag der FDP-Fraktion vom 02.06.2020 auf Absetzung des TOPs 20 „Umbenennung Agnes-Miegel-Weg“. Diesen stellt sie ebenfalls zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich beschlossen
14 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

Der TOP 20 „Umbenennung Agnes-Miegel-Weg“ wird von der Tagesordnung genommen. Ein Beschluss erfolgt daher nicht.

Stv. Stracke weist daraufhin, dass bei der Beratung der Vorlage 50/035/2020 „Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung in Haan mit städtischem Personal“ in der Sitzung Sozial- und Integrationsausschusses (SIA) Beratungsbedarf angemeldet worden sei und sich der Fachausschuss darauf geeinigt habe, diese Vorlage auf die Tagesordnung des nächsten SIA zu setzen. Der TOP 35 solle daher von der Tagesordnung genommen werden.

Stv. Ruppert ergänzt, dass dieser Sachverhalt auch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Unterausschusses Organisation, Personal und Controlling gesetzt werden solle.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern.

Stv. Lukat beantragt für die WLH-Fraktion die Absetzung folgender TOPs: 1, 11, 15, 15.1, 17, 18, 19 und 27. Gleichzeitig beantragt sie eine Sondersitzung des Rates am 25.06.2020 in welcher über diese Punkte beraten und beschlossen werden solle. Sie begründet den Antrag mit der Länge der heutigen Tagesordnung und dem Schutz der Gesundheit aller Anwesenden bei langen Sitzungen. Es sei kein Grund erkennbar, weshalb diese Punkte zwingend in der heutigen Sitzung beraten werden müssten.

Bgm'in Dr. Warnecke stellt den mündlichen Antrag der WLH-Fraktion zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

2 Ja / 13 Nein / 3 Enthaltungen

Die TOPs 1, 11, 15, 15.1, 17, 18, 19 und 27 verbleiben auf der heutigen Tagesordnung.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über die, gem. den Abstimmungsergebnissen der o.g. Anträge geänderte, Tagesordnung der heutigen Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

14 Ja / 2 Nein / 2 Enthaltungen

Öffentliche Sitzung

3./ Polizeiwache Haan

hier: Ergänzungsvorlage zu den Vorlagen 65/074/2020 und 65/075/2020

Vorlage: 65/077/2020

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass es bei dem Beschlussvorschlag der Verwaltung viele Unstimmigkeiten gäbe. Hier würden Gelder für einen Neubau mit weniger Wohnraum und Gewerbe ausgegeben, welcher nicht notwendig sei. Die WLH-Fraktion würde einen anderen Standort z.B. an der Feldstraße favorisieren.

Stv. Ruppert zeigt grundsätzliches Verständnis dafür, auch über andere Standorte nachzudenken. Gleichzeitig könne die FDP-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung jedoch zustimmen.

Stv. Rehm erläutert, dass die GAL-Fraktion dem Standortvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen könne. Der Alternativvorschlag der WLH-Fraktion käme aus Sicht der GAL allerdings auch nicht in Frage. Grundsätzlich gäbe es doch keine Eile bei der Suche nach einem geeigneten Standort u.a. auch wegen dem Rathausneubau, welcher ebenfalls im dortigen Bereich geplant sei.

Beschluss:

Die Projektfreigabe zur Bauverpflichtung der Stadt Haan für eine Polizeiwache am Standort Kaiserstraße 21 für die Kreispolizeibehörde (KPB) Mettmann auf Basis des übermittelten Raum- und Funktionsprogrammes der Polizei und des ausgehandelten Mietzinses entsprechend der nicht öffentlichen Vorlage wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

14 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen

4./ Bürgerantrag von Frau Ruth Heinzen vom 12.11.2019 zum Thema Versiegelung und Schotter in Gärten

Vorlage: 61/309/2020

Beschluss:

Dem Bürgerantrag vom 12.11.2019 von Frau Ruth Heinzen wird nicht gefolgt. Es wird auf die Vorlage zu ihrem ersten Bürgerantrag vom 01.06.2019 (61/293/2019) verwiesen. Bzgl. der Möglichkeiten zur Steuerung von Schottergärten wird weiterhin auf die Sitzungsvorlage 61/287/2019 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**5./ Bürgerantrag der Fridays for Future Ortgruppe Haan
hier: Kommunale Minimalforderungen
Vorlage: BM/025/2019**

Beschluss:

Aufgrund des großen Umfangs sind die Einzelbeschlüsse zum Bürgerantrag der Fridays for Future Ortsgruppe Haan in der Anlage zur Niederschrift aufgeführt.

Abstimmungsergebnisse:

siehe Anlage zur Niederschrift

**6./ Bürgerantrag vom 22.11.2019
hier: Aussetzen des barrierefreien Umbaus der Bushaltestelle Haan Bhf.,
Steig 2
Vorlage: 10/220/2020**

Beschluss:

Von einer Prüfung des Bürgerantrages vom 22.11.2019 (Eingang bei der Stadt Haan am 02.12.2019 - siehe Anlage), wird gem. § 11 ABs. 7 lit. e der Hauptsatzung der Stadt Haan abgesehen, da dieser im Hinblick auf einen bereits in einer Ausschusssitzung behandelten Sachverhalt keine neuen Gesichtspunkte enthält.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**6.1. Bürgerantrag vom 29.02.2020
/ hier: Bushaltestelle Haan Bhf., Steig 2 / Bushaltestellenhäuschen
Vorlage: 10/239/2020**

Beschluss:

Von einer Prüfung des Bürgerantrages vom 29.02.2020 (Eingang bei der Stadt Haan am 17.03.2020 - siehe Anlage), wird gem. § 11 Abs. 7 lit. e der Hauptsatzung der Stadt Haan abgesehen, da dieser im Hinblick auf einen bereits in einer Ausschusssitzung behandelten Sachverhalt keine neuen Gesichtspunkte enthält.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Bürgerantrag vom 09.12.2019

hier: Anspruch auf Fahrtkostenerstattung für Schüler des städt. Gymnasiums Haan mit Wohnsitz in Haan Gruiten

Vorlage: 10/219/2020

Protokoll:

Stv. Rehm verweist darauf, dass der Bürgerantrag vom 09.12.2019 sei. Er bemängelt, dass über diesen Antrag bereits ein Beschluss vorliegen könnte, da zwischenzeitlich bereits Sondersitzungen des Rates stattgefunden hätten. Er bedauere es, dass die Antragssteller so lange auf eine Entscheidung der Politik warten müssten.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist hierzu auf die Hauptsatzung der Stadt Haan, nach welcher der Haupt- und Finanzausschuss für die Behandlung der Bürgeranträge zuständig sei. Die heutige Sitzung sei die erste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Jahr 2020, da die vorherige aufgrund der Corona-Krise ausgefallen sei.

Stv. Lukat halte auch eine Entscheidung zu diesem Sachverhalt in der heutigen Sitzung für möglich. Die WLH-Fraktion könne dem Bürgerantrag zustimmen. Ein Verweis des Bürgerantrages in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKSA) sei nicht notwendig.

Stv. Endereß stimmt Stv. Rehm zu und führt aus, dass in solchen Fällen ggf. eine Optimierung der Hauptsatzung vorgenommen werden könnte.

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt vor, dass das Schulamt einen konkreten Beschlussvorschlag erarbeite und diesen im Anschluss dem Rat im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung vorgelegt werden könne, so dass der Bürgerantrag nicht in den BKSA verwiesen werden müsste.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Beschlussvorschlag zu erarbeiten und diesen im Zuge einer Dringlichkeitsentscheidung dem Rat der Stadt Haan vorzulegen. Ein Verweis des Bürgerantrages an den Fachausschuss erfolgt nicht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 8./ Bürgerantrag der Bürgerinitiative Straßenbaubeiträge (BIS) vom 16.03.2020**
hier: Vorläufige Aussetzung der Straßenerschließungs- und Ausbaumaßnahmen in der Gartenstadt Haan
Vorlage: 10/241/2020
-

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 16.03.2020 (siehe Anlage), wird zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung des **Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA)** verwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür eine entsprechende Sitzungsvorlage zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 9./ Bürgerantrag vom 05.05.2020**
hier: Neugestaltung des Haaner Bachtals - Einleitung in den Haaner Bach
Vorlage: 10/242/2020
-

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 05.05.2020 (siehe Anlage), wird zur weiteren Beratung an den **Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 10./ Bürgerantrag der JUSOS Haan & Gruiten vom 16.03.2020**
hier: "Seebrücke - Schafft sichere Häfen"
Vorlage: 10/238/2020
-

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 16.03.2020 (siehe Anlage), wird zur weiteren Beratung an den **Sozial- und Integrationsausschuss (SIA)** verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11./ Wiederwahl des 1. und technischen Beigeordneten

Vorlage: 10/234/2020

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert, dass viele Fragestellungen der WLH-Fraktion seitens des 1. Beigeordneten immer noch unbeantwortet seien. Die WLH-Fraktion könne daher ihre Zustimmung zur Wiederwahl nicht geben.

Stv. Schniewind moniert, dass es einige Beschlüsse des Rates gäbe, welche bis heute nicht umgesetzt seien. Auch er könne daher seine Zustimmung zur Wiederwahl des 1. Beigeordneten nicht geben.

Beschluss:

Herr Engin Alparslan wird für die Zeit vom 01.10.2020 bis 30.09.2028 als 1. und technischer Beigeordneter wiedergewählt.

Die Anstellungsbedingungen bleiben unverändert.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

16 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltungen

12./ Feuerwehrgerätehaus Gruitzen

Vorlage: 65/080/2020

Protokoll:

Stv. Drennhaus fragt an, ob es in Zukunft notwendig sei, dass ein Rettungswagen am Standort Gruitzen stationiert werden müsse.

StBR Schlipköter erläutert, dass der neue Rettungsdienstbedarfsplan dies nicht vorsehe. Wie die zukünftige Entwicklung sei und ob dies irgendwann notwendig sein werde, könne er derzeit nicht sagen. Es lägen jedoch aktuell keine Anzeichen dafür vor.

Beschluss:

Die Ausführung der Verwaltung zum Raumbedarf und zum Standort Düsseldorfstraße für das neue Feuerwehrgerätehaus in Gruiten werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie die Planung für das Feuerwehrgerätehaus am Standort Düsseldorfstraße weiter zu führen und die Vergabe der Bauleistungen vorzubereiten. Haushaltsmittel in Höhe von 3,35 Mio. Euro sollen im Haushaltsplanentwurf 2021 für das Projekt bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13./ 33. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich "Düsseldorfer Straße" / Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 179 "Nahversorgungszentrum Düsseldorfer Straße" gem. § 12 BauGB

hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, §§ 3 (1), 3 (2), 4 (1), 4 (2) BauGB;

Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB

Vorlage: 61/327/2020

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB und die in der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Düsseldorfer Straße“ in der Fassung vom 29.04.2020 wird beschlossen. Der Begründung und dem separat erstellten Umweltbericht, jeweils in der Fassung vom 17.04.2020 wird zugestimmt.

Das Plangebiet liegt im westlichen Teil der Stadt Haan. Es wird begrenzt im Süden durch die Bundesstraße 228 / Düsseldorfer Straße, im Westen durch die Nachbarbebauung und Freiflächen mit vorhandenen gewerblichen Nutzungen und Wohnen, im Norden durch angrenzende Waldflächen und im Osten durch angrenzende Gärten und Erschließungsflächen der Wohnbebauung Moorbirkenweg und Düsseldorfer Straße. Das Plangebiet umfasst in der Gemarkung Haan in Flur 40 die Flurstücke 21, 22, 25, 811, 812, 813 und 814. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die Planzeichnung.

3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 179 „Nahversorgungszentrum Düsseldorfer Straße“ mit Stand vom 12.03.2020, inklusive seines Vorhaben- und Erschließungsplans mit Stand vom 02.03.2020 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung und dem separat erstellten Umweltbericht, jeweils in der Fassung vom 17.04.2020 wird zugestimmt.

Das Plangebiet liegt im westlichen Teil der Stadt Haan. Es wird begrenzt im Süden durch die Bundesstraße 228 / Düsseldorfer Straße, im Westen durch die Nachbarbebauung und Freiflächen mit vorhandenen gewerblichen Nutzungen und Wohnen, im Norden durch angrenzende Waldflächen und im Osten durch angrenzende Gärten und Erschließungsflächen der Wohnbebauung Moorbirkenweg und Düsseldorfer Straße. Das Plangebiet umfasst in der Gemarkung Haan in Flur 40 die Flurstücke 21, 22, 25, 811, 812, 813 und 814. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die Planzeichnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

13 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

14./ Bebauungsplan Nr. 196 "Düsseldorfer Straße / Ohligser Straße" im Verfahren nach § 13a BauGB / Anpassung des FNP im Wege der Berichtigung durch seine 41. Änderung

hier: 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 27 für einen Teilbereich des zur Aufstellung beschlossenen BP Nr. 196 "Düsseldorfer Straße / Ohligser Straße", § 17 (1) Satz 3 BauGB

Vorlage: 61/325/2020

Beschluss:

Die Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 27 für einen Teilbereich des zur Aufstellung beschlossenen BP Nr. 196 „Düsseldorfer Straße / Ohligser Straße“ wird gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf beschlossen.

Das Gebiet der Veränderungssperre Nr. 27 befindet sich in Haan-West, zwischen den Kreuzungsbereichen Düsseldorfer Straße / Am Schlagbaum und Ohligser Straße / Am Schlagbaum. Es wird ganz oder teilweise gebildet durch die Flurstücke in der Gemarkung Haan, Flur 41, Nrn.72 teilw., 106, 107, 114, 115, 126, 139, 183, 197, 199 teilw., 218, 221, 230, 233, 235, 237, 239, 241, 243, 257, 262, 264, 266, 267, 268, 269, 371, 372, 373, 893, 901 teilw.. Die genaue Darstellung des räumlichen Geltungsbereichs erfolgt durch die zeichnerische Darstellung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

16 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen / 1 befangen

15./ Investorenwettbewerb Bürgerhausareal

Vorlage: 60/067/2020

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke fasst nochmal den gesamten Sachverhalt zusammen.

Stv. Lukat verweist auf den Antrag der WLH-Fraktion vom 09.06.2020 und erläutert diesen.

Stv. Rehm erläutert den Antrag der GAL-Fraktion vom 09.06.2020 und führt aus, dass die GAL-Fraktion der Meinung sei, dass die Kriterien innerhalb des Bebauungsplanes noch stärker in Richtung Klimaschutz ausgerichtet werden müssen.

1. Bgo Alparslan erläutert hierzu nochmals, dass die Verwaltung den endgültigen Verkaufspreis besser eruieren kann, wenn die Mindeststandards im Vorfeld geklärt seien.

Stv. Niklaus verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2020. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei das Hauptziel der Veräußerung die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch im Sinne der Nachhaltigkeit.

Stv. Stracke ergänzt, dass zum Thema der Nachhaltigkeit auch soziale Kriterien zu berücksichtigen seien. Es gäbe im Haaner Stadtgebiet genügend teuren Wohnraum, weshalb hier geschaut werden müsse, vor allem bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Stv. Endereß entgegnet, dass bei einem früheren Ortstermin beschlossen wurde, sowohl für Miete als auch für Eigentum Wohnraum zu schaffen.

Stv. Stracke führt hierzu aus, dass die SPD-Fraktion beantragt habe, überwiegend und nicht ausschließlich Mietraum zu schaffen. Dies schließe Eigentum nicht aus.

Stv. Lukat verweist auf das Gelände der ehemaligen Albert-Schweizer-Schule in Hilden. Hier habe sich die WLH-Fraktion die entsprechende Vorlage der Hildener Verwaltung angeschaut. Sie bittet daher die Verwaltung ebenfalls eine erneute Vorlage zu diesem Sachverhalt, analog der aus Hilden zu erstellen und vorzulegen.

1. Bgo. Alparslan erklärt nochmals, dass die Verwaltung genau wissen müsse, was der Politik wichtig sei. Im Anschluss könne die Verwaltung eine entsprechende Vorlage ausformulieren und zur Beratung in den politischen Gremien vorlegen.

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt daher vor, dass die Fraktionen die für sie wichtigen Kriterien der Verwaltung zukommen lassen, so dass diese anhand der eingereichten Kriterien eine Vorlage erstellen könne. Um große Verzögerungen im Ablauf zu vermeiden schlägt sie hierfür eine Frist von 14 Tagen vor.

Beschluss:

Die Fraktionen werden gebeten in den nächsten 14 Tagen Mindeststandards zu formulieren und diese der Verwaltung vorzulegen. Die Verwaltung wird im Anschluss beauftragt, eine Sitzungsvorlage anhand der eingereichten Mindeststandards zu erarbeiten und in die politischen Beratungen einzubringen (SUVA, WLSTA, HFA, Rat).

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

15. Investorenwettbewerb Bürgerhausareal
1./ Gewichtung der Kriterien für die Vermarktung
Vorlage: 60/067/2020/1

Beschluss:

Der TOP 15, 15.1 und 15.2 wurden gemeinsam beraten und beschlossen. Der Beschluss ist unter TOP 15 aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

15. Investorenwettbewerb Bürgerhausareal
2./ Vorlage: 60/067/2020/2

Beschluss:

Der TOP 15, 15.1 und 15.2 wurden gemeinsam beraten und beschlossen. Der Beschluss ist unter TOP 15 aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

16./ Objekt Böttinger Straße 21 - städtebauliche / planerische Ziele
Vorlage: WTK/053/2020

Protokoll:

Stv. Lukat verweist auf den Ergänzungsantrag der WLH-Fraktion vom 16.05.2020. Darin beantragt die WLH-Fraktion die Festlegung einer gestapelten Nutzung auf dem genannten Gelände.

Stv. Stracke führt für die SPD-Fraktion aus, dass diese dem Antrag der WLH nicht zustimmen könne. Eine gestapelte Nutzung mit Gewerbe und Wohnraum sei, vor Allem im Hinblick auf die Lärmemissionen, sehr problematisch.

Stv. Rehm ergänzt, dass man den potentiellen Anwohnern mit einer solchen Mischform keinen Gefallen tue. Die GAL-Fraktion lehne den Antrag der WLH-Fraktion daher ebenfalls ab.

Auch **Stv. Endereß** erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese vom Konzept der Verwaltung in Gänze überzeugt sei und stimme dem Antrag der WLH-Fraktion daher ebenfalls nicht zu.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über den Antrag der WLH-Fraktion vom 16.05.2020 abstimmen.

Abstimmungsergebnis Antrag der WLH-Fraktion v. 16.05.2020:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja / 17 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem städtebaulichen Ziel, in dem Objekt Böttinger Straße 21 zukünftig eine gewerbliche Nutzung zuzulassen und den Bereich perspektivisch als GE umzuplanen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

16. Objekt Böttinger Straße 21 - städtebauliche / planerische Ziele

1./ hier: Ergänzungsvorlage

Vorlage: WTK/053/2020/1

Beschluss:

Der TOP 16 und 16.1 wurden gemeinsam beraten und beschlossen. Der Beschluss ist unter TOP 16 aufgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

17 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

**17./ Erweiterung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Stadt Haan mit dem Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann
hier: Antikorruptionsbeauftragter für die Stadt Haan/Durchführung von Sonderprüfungen durch die mobile Prüfgruppe im Rahmen der Korruptionsprävention – Sperrvermerk der Haushaltsmittel
Vorlage: 14/052/2020**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Erweiterung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu und hebt den Sperrvermerk auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**18./ Compliance-Organisation und Korruptionsverhinderung in der Stadt Haan
hier: Antrag der GAL-Fraktion vom 03.02.2020**

Protokoll:

StOVR Titzer erklärt, dass die Ombudsperson im Rahmen eines Rahmenvertrages agieren würde. Der Ansprechpartner sei hier eine Anwaltskanzlei. In diesem Rahmenvertrag seien auch ein Jahresbericht sowie ein Jahresabschlussgespräch enthalten. Die Kosten dieses Rahmenvertrages beliefen sich in einer anderen kreisangehörigen Stadt auf ca. 1.800 – 2.000,- € im Jahr. Weitere Kosten kämen hinzu, sobald die Ombudsperson weiter tätig werden müsse. Das Verfahren liefere so, dass, falls die Ombudsperson etwas entdecke, diese den Sachverhalt an die Bürgermeisterin weitergebe, welche dann das weitere Verfahren einleite.

Stv. Lukat möchte wissen, ob ein gewisses Budget vorzuhalten sei, wofür es einen gesonderten Beschluss geben müsse, oder ob dies aus laufenden Mitteln gezahlt werde.

StOVR Titzer erläutert, dass die Verwaltung noch keine Erfahrungen mit einem solchen Konstrukt habe, weshalb auch kein exaktes Budget geplant werden könne. Es käme darauf an, ob bzw. wie oft die Ombudsperson über den Rahmenvertrag hinaus tätig werden müsse.

StOVR'in Abel ergänzt, dass die Verwaltung ein Budget zur Verfügung habe. Sie gehe davon aus, dass dieses ausreiche und kein gesonderter Beschluss notwendig sei.

Beschluss:

Die Stadt Haan führt zur Schaffung einer Compliance-Kultur für die Stadt Haan ein Hinweisgebersystem ein. Die Stadtverwaltung wird beauftragt die Einführung eines Hinweisgebersystems unter Installation mindestens einer anwaltlichen Ombudsperson vorzubereiten und einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**19./ Korruptionsprävention in der Stadt Haan
hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 08.02.2020
Vorlage: 60/071/2020**

Protokoll:

Stv. Lukat finde es bedauerlich, dass vom ursprünglichen Antrag der WLH-Fraktion nichts bleibe.

Stv. Rehm führt aus, dass die GAL-Fraktion mit dem Antrag der WLH-Fraktion nicht in Gänze zufrieden sei, diesem jedoch zustimmen werde, um ein Zeichen zu setzen.

Beschluss:

Dem Beschlussantrag der WLH-Fraktion zum Antrag „Korruptionsprävention in der Stadt Haan“ vom 08.02.2020 wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

13 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

**20./ Umbenennung „Agnes-Miegel-Weg“
Vorlage: 61/313/2020**

Beschluss:

Die FDP-Fraktion hat mit einem schriftlichen Antrag vom 02.06.2020 die Absetzung des Sachverhaltes von der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses beantragt. Dem Antrag wurde mehrheitlich gefolgt. Daher wurde dieser Punkt von der Tagesordnung genommen. Eine Beschlussfassung erfolgt daher nicht.

21./ Förderung von plusKITAs und Sprachförderung

Vorlage: 51/048/2020

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt den in der Vorlage NR 51/048/2020 benannten Kindertageseinrichtungen zu.

Als plusKitas werden benannt:

- AWO Am Bandenfeld
- Städt. Familienzentrum Am Bollenberg
- AWO Käthe- Kollwitz-Straße

und für die zusätzliche Sprachförderung für die Kitas

- AWO Bollenberger Busch
- Ev. Kita Nachbarsberg
- Ev. Kita Kurze Straße

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

21. Sachstand zur 3. Gruppe Bachstrasse

1./ Vorlage: 51/050/2020

Protokoll:

Stv. Sack fasst die Ergebnisse der Beratungen aus dem Jugendhilfeausschuss zusammen.

Stv. Lukat mahnt an, dass die Überbelegungen ein großes Problem seien. Diese müssten dringend abgebaut werden.

StOVR'in Abel weist darauf hin, dass die finanzielle Situation der Stadt derzeit noch nicht konkret eingeschätzt werden könne und daher die Einrichtung einer dritten Gruppe erst beschlossen werden sollte, wenn die konkreten Anmeldezahlen vorlägen. Es könne auch durchaus der Fall eintreten, dass sich die Stadt in einem halben Jahr wieder in der Haushaltssicherung befinde.

Bgm'in Dr. Warnecke möchte noch einmal auf die Stellungnahme des Stadtelternrates verweisen, welcher die Stadt als Träger von Kindertageseinrichtungen als hervorragend einstufe.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Umzug der Kita Märchenwald in den Standort Erikaweg und dem Umzug der Kita Kurze Straße an den Standort Bachstraße 64a eine zusätzliche Gruppe der Gruppenform III einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
12 Ja / 0 Nein / 6 Enthaltungen

22./ Aussetzung der Beitragserhebung für die Kinderbetreuung für den Monat Mai 2020
Vorlage: 20/125/2020

Beschluss:

Die Stadt Haan setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Satzungen für die Inanspruchnahme von

- Angeboten zur Förderung von Kindertagespflege gem. §§ 22,23 und 24 SGB VIII (KJHG) sowie §§ 1 Abs. 1, 3,4,13 und 17 Kinderbildungsgesetz (KiBiz),
- Angeboten zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen gem. §§ 22,22a und 24 SGB VIII (KJHG) sowie § 1 Abs. 1, 3,13ff KiBiz,
- Angeboten gem. § 9 Schulgesetz in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2)

im und für den Zeitraum vom 01. bis 31. Mai 2020 aus. Dies gilt auch bei der Inanspruchnahme einer Notbetreuung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Erlass der Elternbeiträge für die Monate Juni und Juli 2020 um 50 %
1./ Vorlage: 51/052/2020

Beschluss:

Den Eltern von Kindern in der Kindertagesbetreuung sowie der OGS werden die Elternbeiträge für die Monate Juni und Juli 2020 jeweils zur Hälfte erlassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.06.2020
hier: Aussetzung der Erhebung von Gebühren für die Flächennutzung zum Zwecke der Außengastronomie

Protokoll:

Stv. Niklaus erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Stv. Kaimer ergänzt den Antrag, so dass die Aussetzung der Gebührenerhebung auch für Einzelhändler bei Sondernutzung gelte.

Stv. Lukat verweist auf die Stände auf dem Haaner Wochenmarkt und möchte wissen, wie hoch die finanziellen Auswirkungen seien, wenn auch diese von den Gebühren befreit würden.

Stv. Stracke sehe eine Befreiung der Gebühren für die Marktbesicker kritisch, da diese nicht so stark von der Krise betroffen seien, wie die Gastronomiebetriebe, welche eine lange Zeit ihr Gewerbe nicht ausüben konnten.

StVD Rennert bestätigt die Aussage des Stv. Stracke. Bei den Händlern des Wochenmarktes liefe es gut, da die Wochenmärkte weiterhin stattgefunden hätten. Große Einbußen bei den Händlern des Wochenmarktes seien nicht zu verzeichnen gewesen. Des Weiteren verweist er darauf, dass es sich bei den Gebühren für die Marktbesicker um Benutzungsgebühren handele. Mit den Gastronomen sei die Verwaltung bereits im Gespräch und habe diesen auch gestattet, dort wo es möglich sei, mehr Außenfläche zu beanspruchen.

Beschluss:

Die Gebühren für die Flächennutzung zum Zwecke der Außengastronomie sowie für Einzelhändler bei Sondernutzung der Außenfläche vor dem Geschäft auf Haaner Stadtgebiet werden wegen der Beschränkungen infolge der Corona-Situation bis zum 30. Juni 2021 nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**23./ Erweiterung des Raumprogramms am Schulstandort Don-Bosco-Schule
Vorlage: 40/039/2020**

Protokoll:

Stv. Drennhaus führt aus, dass, sofern eine Photovoltaik-Anlage nicht möglich sei, mindestens das Dach begrünt werden solle.

1. Bgo. Alparslan erklärt hierzu, dass eine Photovoltaikanlage auf dem Denkmalgebäude nicht möglich sei, da diese das Gesamtbild des Denkmals störe. Möglich sei diese also nur auf dem Neubau und dort auch nur auf dem Nebengebäude, da der Hauptkomplex des Neubaus zu sehr im Schattenbereich der Bäume stehe, so dass sich eine Photovoltaikanlage dort nicht rentiere. Dachbegrünung sei auch schwierig, da diese nur bis zu einer maximalen Steigung von 10 Grad machbar sei. Bei der jetzigen Planung handelt es sich jedoch um ein Steildach mit einem deutlichen höheren Steigungswinkel.

Stv. Kaimer stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, dass das Gebäude mindestens mit dem KfW-Effizienzhaus-Standard 55 zu planen sei.

Stv. Rehm stellt wiederum für die GAL-Fraktion einen mündlichen Ergänzungsantrag, dass das Gebäude mindestens mit dem KfW-Effizienzhaus-Standard 40 zu planen sei.

1. Bgo. Alparslan weist darauf hin, dass die Kosten für einen KfW-Effizienzhaus-Standard 55 noch relativ einfach zu berechnen sei. Beim KfW-Effizienzhaus-Standard 40 könne die Verwaltung nicht in kürzester Zeit eine Berechnung aufstellen, da dieser Standard einen tiefgreifenden Eingriff in die Gebäudetechnik bedeute. Die Verwaltung werde hierzu eine Vorlage erstellen und im Anschluss dem Fachausschuss vorlegen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt „Neubau Don-Bosco-Schule“ entsprechend des dieser Beratungsvorlage 40/039/2020 beigefügten Vorentwurfs ausschreibungsreif vorzubereiten. Die zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 € sind in die Haushalts- und Finanzplanung aufzunehmen.

Die CDU-Fraktion hat mündlich einen ergänzenden Antrag gestellt, dass das Gebäude mindestens mit dem KfW-Effizienzhaus-Standard 55 zu planen sei.

Die GAL-Fraktion hat ebenfalls einen mündlichen Ergänzungsantrag gestellt, nachdem das Gebäude mindestens mit dem KfW-Effizienzhaus-Standard 40 zu planen sei. Die Verwaltung wird beauftragt hierzu eine Sitzungsvorlage zu erstellen und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) in seiner nächsten Sitzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**24./ Digitalpakt an Schulen
Freigabe einer Antragsstellung
Vorlage: 40/040/2020**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke schlägt seitens der Verwaltung vor, den Beschlussvorschlag noch um sechs interaktive Tafeln für die Don-Bosco-Schule zu ergänzen.

Bgo. Herz stellt im Anschluss die Vorlage vor. Das Kernstück der Digitalisierungsstrategie für die Schulen in Haan sei der Medienentwicklungsplan, welcher derzeit finalisiert und dem BKSA Anfang Oktober 2020 im Entwurf vorgestellt wird, darüber hinaus die individuellen Umsetzungspläne für die einzelnen Schulen. Das Anliegen der Verwaltung sei es, die Schulen umfassend in den Prozess einzubinden, da diese den Bedarf der Schülerinnen und Schüler kennen. Das Ziel sei, angeschaffte Geräte nicht nur zu Pandemiezeiten, sondern auch darüber hinaus im Unterricht zu verwenden.

Stv. Lukat frage sich, weshalb der HFA / Rat hier einen Beschluss fassen müsse. Sie sei der Meinung, dies betreffe das laufende Geschäft der Verwaltung, insofern sei kein Beschluss seitens der Politik notwendig. Bezüglich der nicht vorhandenen technischen Geräte zur Nutzung der digitalen Unterrichtsmöglichkeiten, nennt sie 30 Kinder, welche auf der Strecke bleiben würden. Es müssten jedoch alle mitgenommen und ihnen eine gute Möglichkeit geboten werden. Dies sei der WLH-Fraktion aus der Vorlage der Verwaltung nicht klar geworden.

Stv. Zipper verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 02.06.2020 bezüglich der Einberufung einer Digitalkonferenz und erläutert diesen.

Stv. Niklaus sehe hierzu eher eine Sondersitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport, als eine Konferenz.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Vorgriff auf den Hauptantrag zum „Digitalpakt Schulen NRW“, die aus diesem Förderprogramm maximal möglichen Mittel (aktuell 25.000 €/Schule) für mobile Endgeräte sowie für 6 interaktive Tafeln an der Don-Bosco-Schule zu beantragen und in Abstimmung mit den Schulen kurzfristig die hierfür notwendigen konzeptionellen Vorgaben zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**25./ Antrag der Fraktion GAL vom 25.11.2019
hier: Waldschutz in Haan
Vorlage: 61/310/2020**

Protokoll:

Stv. Rehm erläutert den Antrag der GAL-Fraktion und die Beratungen hierzu aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA) vom 26.05.2020. Es gehe der GAL-Fraktion mit diesem Antrag nicht darum, zwingend in Haan mehr Wald zu schaffen, sondern einen anderen Blick auf das Gesamtthema zu bekommen.

Stv. Lukat verweist auf einen mündlichen Antrag der WLH-Fraktion aus der Sitzung des SUVA am 26.05.2020 und bittet diesen auch zur Abstimmung zu stellen.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über den mündlichen Antrag der WLH-Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag gem. mündlichem Antrag der WLH-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine strategische Planung von zukünftigen Waldgebieten zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis zum mündlichen Antrag der WLH-Fraktion:

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 11 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

Beschluss:

Dem Antrag der GAL-Fraktion vom 25.11.2019 „Waldschutz in Haan“ wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

12 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

26./ Weiterentwicklung des städtischen Waldfriedhofes

Vorlage: 60/064/2020

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass der Vorlage zu entnehmen sei, dass die Grabsteine, welche dauerhaft erhalten blieben, nur Namen von Männern aufwiesen. Sie frage sich, ob es keine Frauen gäbe, bei denen der Grabstein ebenfalls dauerhaft erhalten bleiben sollte.

TA Rekindt stimmt der Aussage der Stv. Lukat zu. In der Tat wiesen die dauerhaften Grabsteine lediglich Männernamen auf. Er betont jedoch, dass die vorgelegte Liste lediglich ein Anfang sei und die Verwaltung Anregungen selbstverständlich gerne aufnehme.

Beschluss:

1. Im Feld K gibt es einen Wiederbelegungsstopp (kein Neuerwerb von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten) mit dem Ziel der Nutzung als Grabfeld für Baumbestattungen. An vorhandenen Bäumen werden Baumbestattungen ab sofort ermöglicht. Bei zusammenhängenden freien Flächen werden Jungbäume mit dem Ziel weiterer Baumbestattungen gepflanzt.
2. Im Feld P werden Partnergräber am Baum als zusätzlich Bestattungsart angeboten. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung der Friedhofssatzung und der Gebührensatzung vorzubereiten. Im Haushaltsplan 2021 werden finanzielle Mittel in Höhe von 55.000 Euro bereitgestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Feld WA ein „ewiges Gedenken“ einzurichten. Hierzu wird nach Ablauf der Ruhe- und Nutzungsfrist das Eigentum an den Grabsteinen der Grabstätten in Anlage 3 übernommen. Über weitere Grabstätten entscheidet der Rat.
4. Der Rat der Stadt Haan beauftragt die Verwaltung, ein Sternenkindersfeld auf dem städtischen Waldfriedhof anzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**27./ Erhebung von Straßenausbaubeiträgen
hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 19.02.2020 (Einbringung)**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf für eine neue Haaner Straßenausbaubeitragssatzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**28./ Öffnung der städtischen Sporthallen für die Vereine in den Sommerferien
hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 07.05.2020**

Protokoll:

Bgo. Herz führt zum Sachverhalt aus, dass die Schulsporthallen (am Gymnasium sowie am Schulzentrum Walder Str.) entsprechend der geltenden Sportstättenatzung grundsätzlich nur für die Durchführung der außerordentlichen Reinigung für die Dauer von ca. zwei Wochen geschlossen werden. Ausnahmsweise kann die Schulsporthalle am Gymnasium jedoch in den anstehenden Sommerferien nicht genutzt werden, weil sie wegen des Umzuges des Gymnasiums als Zwischenlager für Möbel eingeplant ist. Darüber wurden die Vereine bereits informiert. Die Schulturnhallen (an den Grundschulen) sind laut Sportstättenatzung grundsätzlich in den Ferien geschlossen, ausgenommen die Schulturnhalle Dieker Str. Diese Hallen können entsprechend der Hygienekonzepte der Vereine und der Sportstättenatzung genutzt werden. Grundsätzlich gilt, dass die Schulturnhallen in den Ferienzeiten prioritär für die Ferienbetreuung in der OGS zur Verfügung stehen müssen.

Stv. Schwierzke zieht den Antrag der AfD-Fraktion zurück.

Beschluss:

Der Antrag wurde vom Antragssteller zurückgezogen. Eine Beschlussfassung erfolgt daher nicht.

29./ Resolution des Rates der Stadt Haan - Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 15.05.2020

Protokoll:

Stv. Stracke erläutert den Antrag.

Stv. Endereß führt für die CDU-Fraktion aus, dass diese die Beschlüsse der Bundesregierung begrüße, die Kommunen zu entlasten. Zum jetzigen Zeitpunkt sei die Resolution bereits in einigen Teilen überholt, so dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen könne.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt eine Resolution bezüglich der Erhaltung der Kommunalen Handlungsfähigkeit, wie seitens der SPD-Fraktion am 15.05.2020 schriftlich beantragt.

Abstimmungsergebnis:

bei Stimmengleichheit abgelehnt
8 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltungen

30./ Vertretung in Unternehmen -
hier: Aufsichtsrat Bauverein Haan e.G.
Vorlage: WTK/056/2020

Beschluss:

Frau StOVR'in Doris Abel wird gestattet, im Falle einer Wahl die Tätigkeit eines Mitglieds im Aufsichtsrat des Bauvereins Haan e.G. auszuüben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

31./ Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2019 der Stadt Haan
Vorlage: 20/123/2020

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 der Stadt Haan wird zur Kenntnis genommen und zur Prüfung an die örtliche Rechnungsprüfung weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

32./ Zahlung von Sitzungsgeldern für Online-Fraktionssitzungen
Vorlage: 10/243/2020

Beschluss:

Zukünftig werden auch Sitzungsgelder für Online-Fraktionssitzungen ausgezahlt, wenn eine solche Online-Fraktionssitzung im gleichen Rahmen stattfindet wie eine gewöhnliche Fraktionssitzung.

Voraussetzungen hierfür sind, dass nachweislich eine Sitzung vorliegt, zu der im Vorfeld eingeladen wurde, an der die üblichen Personen teilnehmen und zu der im Vorfeld ein Beratungsgegenstand oder eine Tagesordnung festgelegt wurde. Die Teilnehmer einer Online-Fraktionssitzung sind zudem zu Beginn der Sitzung ordnungsgemäß vom Vorsitzenden oder der Geschäftsführung durch Aufruf festzustellen und schriftlich festzuhalten. Die entsprechende Teilnehmersmeldung an die Verwaltung erfolgt analog zur Teilnehmersmeldung von gewöhnlichen Fraktionssitzungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

33./ Anzeige von Nebentätigkeiten gem. § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz
Vorlage: 10/218/2020

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss, gem. § 60 Abs. 1 GO NRW vom Rat der Stadt Haan dazu ermächtigt, Entscheidungen in Angelegenheiten des Rates zu treffen, nimmt die Anzeige der Bürgermeisterin über ihre ausgeübten Nebentätigkeiten im Jahre 2019 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

34./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/022/2019/4

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

35./ Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung in Haan mit städtischem Personal
- hier: Anfrage der GAL-Fraktion vom 20.02.2020
Vorlage: 50/035/2020

Beschluss:

Der Sachverhalt wurde von der Tagesordnung genommen und in die nächsten Sitzungen des Sozial- und Integrationsausschusses sowie des Unterausschusses Organisation, Personal und Controlling verwiesen.

36./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3, GO NRW
hier: Freigabe des Nachtragsgebots für die Beauftragung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Ersatzneubau Gemeinschaftsgrundschule Gruitzen
Vorlage: 10/236/2020

Beschluss:

Die mit Datum vom 22.04.2020 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung (*Anlage*) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

37./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 3, GO NRW
hier: Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2020 vom 12.12.2019
Vorlage: 10/237/2020

Beschluss:

Die mit Datum vom 12.05.2020 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung (*Anlage*) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

38./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Antrag der WLH-Fraktion bezüglich Neubesetzung von Ausschüssen vom 09.06.2020 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

39./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Stracke führt aus, dass seit dem 1. August 2019 das vom Bund finanzierte Bildungs- und Teilhabepaket vorsehe, dass jedes hilfebedürftige Kind ein kostenfreies gemeinschaftliches Mittagessen in der Schule, Kita und Kindertagespflege erhält. Aufgrund der pandemiebedingten Schließung von Schulen, Tageseinrichtungen und Kindertagespflege hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Sonderregelung für den Zeitraum vom 1. März bis zum 31. Juli 2020 erlassen, dass die Kommunen das Mittagessen den Kindern nun auch flexibel auf anderen Wegen bereitstellen, wie z. B. durch Lieferung nach Hause oder zur Abholung.

Er stellt daher für die SPD-Fraktion folgende Fragen:

Wie viele Kinder erhalten in Haan ein kostenloses Mittagessen aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz auf diesem Wege?

Wie stellt die Stadt Haan sicher, dass Haaner Kinder mit Mittagessen versorgt sind?

Wie wird die Versorgung in der Ferienzeit sichergestellt? Oder kann das Jugendamt garantieren, dass alle betroffenen Kinder in der Ferienzeit einen „Notplatz“ in einer Kita oder OGS haben?

Antwort der Verwaltung:

Im Rahmen der Coronaschutzmaßnahmen wurde in den Kindertagesstätten und Schulen eine Notbetreuung angeboten. Die dort betreuten Kinder wurden mit Mittagessen versorgt. Für diejenigen Kinder, die Leistung nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz erhalten, wurde das Mittagessen wie gewohnt kostenfrei zur Verfügung gestellt. Außerhalb der Betreuungseinrichtungen ist eine Inanspruchnahme des kostenfreien Mittagessens dagegen nicht angefordert worden.

In den Ferien sind die Kindertagesstätten wie gewohnt tätig und bieten die Offenen Ganztagschulen die bewährte Ferienbetreuung an. Alle Einrichtungen sind für die Dauer von jeweils drei Wochen geschlossen, jedoch ist wie bisher eine wechselseitige Notbetreuung sowohl in den Kitas als auch in der OGS gewährleistet. In diesem Zusammenhang ist auch die Bereitstellung des kostenfreien Mittagessens für diejenigen Kinder gewährleistet, die Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz haben.

Aktuell erhalten aus städtischer Bewilligung 129 Kinder ein kostenfreies Mittagessen in der Kindertagesstätte oder Schule. Hierbei sind Kinder nicht erfasst, die Leistungen des Jobcenters erhalten. Nach Auskunft des Jobcenters haben im Jahr 2019 monatlich durchschnittlich 177 Jugendliche (SGBII-Leistungsbezieher, unter 25 Jahren) Mittagungsverpflegung im Rahmen von BuT in Haan erhalten. Erfahrungsgemäß werden sich die Zahlen im Jahr 2020 in einer ähnlichen Größenordnung bewegen.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

40./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass die Gemeindeprüfanstalt derzeit eine überörtliche Prüfung durchführe. Die entsprechenden Ergebnisse werden für Januar erwartet.

Bgm'in Dr. Warnecke verweist auf eine Präsentation der Verwaltung, in welcher aufgeführt sei, was die Verwaltung bisher aufgrund der Corona-Pandemie unternommen habe (*siehe Ratsinformationssystem*).

Weiterhin teil **Bgm'in Dr. Warnecke** mit, dass der Landrat finanzielle Hilfen für ehrenamtliche Aktivitäten in Höhe von 1.550,- € in Aussicht gestellt habe. Sobald diese Mittel ausgezahlt und verteilt werden, werde die Verwaltung gerne eine Übersicht vorlegen, aus welcher hervorgehe, welche Ehrenämter von dieser finanziellen Unterstützung profitiert hätten.

StOVR'in Abel teilt mit, dass zum 01.01.2021 eine neue Gebührenkalkulation für Abfall- und Abwasser sowie Straßenreinigung und Winterdienst von der Verwaltung vorgelegt werde.

Des Weiteren liegt eine schriftliche Mitteilung der Verwaltung zum Bebauungsplan Nr. 193 vor (*siehe Ratsinformationssystem*).

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.